

3. MODUL



3. Staat

3.3 DIE ÖFFENTLICHEN GÜTER

Es ist wichtig, auch über Güter nachzudenken, die einen sehr großen Wert haben und für die wir einen Preis zahlen, ohne es zu merken: **die öffentlichen Güter**. Öffentliche Güter haben zwei besondere Merkmale: Die Beanspruchung dieser Güter seitens einer Person schließt nicht aus, dass gleichzeitig andere dieses Gut im selben Ausmaß nutzen. Außerdem gilt, dass niemand von der Nutzung ausgeschlossen werden kann, sobald das Gut öffentlich angeboten wird.

Ein gutes Beispiel für ein öffentliches Gut ist die Luft, da der Verbrauch seitens einer Person nicht die Möglichkeit ausschließt, dass auch andere Personen dieses Gut beanspruchen, und niemandem die Möglichkeit verweigert werden kann, die Luft einzusatmen (anders gesagt ist allen der Zugang zum Gut gewährleistet). Man denke zum Beispiel an einen öffentlichen Park und vergleiche ihn mit einer Wohnung. Wenn wir eine Wohnung kaufen, haben wir das Recht und die konkrete Möglichkeit, dass nur wir dort wohnen: Kein anderer kann in unserer Wohnung leben (außer, wir leihen oder vermieten sie freiwillig). Ein öffentlicher Park hingegen kann von jedem, der dies möchte, verwendet werden. Es schließt andere nicht aus, dieses Gut im selben Ausmaß und zum selben Zeitpunkt zu nutzen. Zudem wäre es auch nicht möglich, dies mit rechtmäßigen Mitteln zu verhindern. Die Wohnung ist ein privates Gut, ein Stadtpark hingegen ein öffentliches Gut.

FALLSTUDIE: DER WASSERKRIEG

Lies die **Fallstudie** über den Konflikt zwischen dem großen Schweizer Konzern und den Einwohnern von Vittel



Aufgrund dieser Merkmale unterliegen die öffentlichen Güter dem Free riding, beziehungsweise opportunistischen Verhaltensweisen. Was bedeutet das? Wenn ein Nutzer weiß, dass das Gut frei verfügbar ist und er nicht von der Nutzung dieses Gutes ausgeschlossen werden kann, neigt er dazu zu sagen, dass er nicht an diesem Gut interessiert ist, damit er nicht zur notwendigen Finanzierung des Gutes beitragen muss. Er kann das Gut (z.B. den Stadtpark) kostenlos nutzen, auch wenn andere dafür zahlen. Deshalb kann es sein, dass niemand oder sehr wenige Personen bereit sind, ihr Interesse am Gut zu erklären und das Gut in der Folge nicht finanziert und somit auch nicht angeboten werden kann. Laut der Spieltheorie führen freiwillige Beitragsleistungen für öffentliche Güter im Allgemeinen zu einer Unterproduktion von öffentlichen Gütern – sprich, es können weniger öffentliche Güter angeboten werden, wenn diese durch freiwillige Beiträge finanziert werden. Jeder Einzelne tendiert zu einem egoistischen Verhalten, in der Hoffnung, andere würden die Produktion des öffentlichen Gutes finanzieren. Um dieses Problem zu lösen, werden öffentliche Güter mit Steuern und Gebühren (d.h. verpflichtende Zahlungen für alle Bürger) finanziert.

Um ein korrektes System zu gewährleisten, neigt der Staat dazu, die Beziehungen zwischen unterschiedlichen Wirtschaftsbeteiligten zu regeln.

Die Regelung der wirtschaftlichen Tätigkeit ist eine Form des öffentlichen Eingriffs, der durch vom Staat erlassene Verbote oder Pflichten für die Wirtschaftsteilnehmer geprägt ist. Sie kann als Auferlegung von Grenzen für die Ermessensfreiheit der Personen und Organisationen bezeichnet werden, die durch die Androhung von Strafen mitgetragen wird. Ziel dieses Eingriffs ist es, dafür zu sorgen, dass die Abwicklung der Beziehungen zwischen Privatpersonen dem wirtschaftlichen Interesse der Allgemeinheit entspricht und dieses nicht verletzt; zudem sollen alle Beteiligten geschützt werden.

Das bedeutet: durch die Regelung der privaten Tätigkeiten lenkt der Staat die Marktkräfte, die zwar an ein bestimmtes Regelsystem gebunden sind, sich aber in diesem Rahmen durch Entscheidungen der einzelnen Beteiligten frei ausdrücken können.

Ein Beispiel für die Regelung von wirtschaftlichen Tätigkeiten seitens des Staates ist die Festlegung einer Preisgrenze.



3.2 DAS STEUERSYSTEM

Der Staat regelt nicht nur den Markt, sondern liefert auch eine Reihe von Diensten und Gütern. Genau wie die Privathaushalte und die Unternehmen müssen sich auch die Staaten mit Einnahmen und Ausgaben auseinandersetzen. Die Abstimmung von Einkommen und Ausgaben, die Überlegungen, ob es sich lohnt, Schulden aufzunehmen oder zu sparen, beschäftigen auch den Staat.

Zusätzlich zu den Ausgaben für den Kauf von Gütern und Diensten (Infrastrukturen wie Straßen, Brücken, Krankenhäuser, Schulen etc.) muss der Staat auch für die Entlohnung der eigenen Mitarbeiter sorgen (Lehrer, Ärzte, öffentliche Angestellte). Aber wie finanziert sich der Staat?

Seine **Einnahmen** sind Steuern und Gebühren und alle Formen von Steuern, die auf Einkommen, Konsum und Reichtum der Staatsbürger lasten. Jegliche Form von Einkommen und Konsum wird besteuert. Der Staat finanziert nämlich alle Tätigkeiten von allgemeinem Interesse in einem Land mit einem komplexen Steuersystem. So bietet der öffentliche Dienst zum Beispiel zahlreiche Güter und Dienste an, die zum Wohl der gesamten Gemeinschaft gewährt werden und von deren Konsum niemand oder nur schwerlich jemand ausgeschlossen werden kann. Man denke zum Beispiel an die öffentliche Beleuchtung. Der Staat sorgt sich aber auch darum, benachteiligte Kategorien zu schützen, indem er Beihilfen und Sozialleistungen gewährt, Renten zahlt, das Gesundheitswesen und die Ausbildung finanziert.

Dazu braucht es Beiträge von allen Personen, die ein Einkommen beziehen. Die Abgaben werden in Steuern, Gebühren und Beiträge unterteilt.

Steuern	Gebühren	Beiträge
Steuern sind Abgaben, mit denen der Staat die Ausgaben für die Durchführung von öffentlichen Werken und Diensten finanziert. Sie hängen somit nicht von der Beanspruchung eines Dienstes ab und werden unter bestimmten Bedingungen nach dem Grundsatz der Beitragsfähigkeit, d.h. aufgrund des eigenen Reichtums gezahlt.	Sie sind die Gegenleistung für einen öffentlichen Dienst (Müllgebühren, Krankenhausleistungen, Schulgebühren). Sie stützen sich auf das Prinzip der Leistung und Gegenleistung, das angewendet wird, wenn der Leistungsempfänger eine bestimmte Person ist und davon ausgegangen wird, dass die Leistung nicht auf der Allgemeinheit lasten soll.	Sie dienen dazu, soziale Leistungen zu finanzieren, zum Beispiel die Renten. Im Gegensatz zur Gebühr, die bei der Beanspruchung eines Dienstes erhoben wird, kann der Beitrag von der öffentlichen Körperschaft für all jene verlangt werden, die in den Bereich einer Pflichtleistung für einen bestimmten Dienst fallen z.B. der Rundfunkbeitrag.

Es wird zwischen direkten und indirekten Steuern unterschieden. Die direkten Steuern betreffen direkt das Vermögen (Immobiliensteuer oder das Fernsehabonnement) oder das Einkommen (IRPEF = Steuer auf das Einkommen der natürlichen Personen, oder IRES = Einkommensteuer der juristischen Personen oder IRAP = regionale Wertschöpfungssteuer). Die indirekten Steuern betreffen den Konsum (die wichtigste indirekte Steuer ist die Mehrwertsteuer). Eine Steuer gilt als proportional, wenn sie einem bestimmten Prozentsatz des Einkommens entspricht. Sie kann zudem progressiv oder regressiv sein, wenn sie für die Beitragszahler, die ein hohes Einkommen bzw. ein niederes Einkommen haben, jeweils im Verhältnis steigt oder sinkt.

Die Einkommensteuer, zum Beispiel die IRPEF, ist progressiv, weil sie die Aufteilung des Einkommens in Stufen mit entsprechend steigenden Steuersätzen vorsieht. Voraussetzung für die Anwendung einer Steuer ist der Besitz eines Einkommens oder der Kauf einer Immobilie.

DISKUSSION: DIE STEUERERHEBUNG

Wie schaut eine „gerechte“ Steuereinhebung aus? Hier stoßen unterschiedliche Meinungen aufeinander, zum Beispiel darüber, ob es gerecht ist, dass Mehrverdiener auch mehr Steuern zahlen. Und wie viel mehr?

In Italien liefert Art. 53 der Verfassung darauf eine Antwort: „Jedermann ist verpflichtet, im Verhältnis zu seiner Steuerkraft oder Einkommenskraft zu den öffentlichen Ausgaben beizutragen. Das Steuersystem richtet sich nach den Grundsätzen der Progressivität“.



3.3 STAATSPAPIERE UND SPREAD

Zusätzlich zu den oben genannten Finanzmitteln finanziert der Staat seine Tätigkeit durch Staatspapiere. Dabei wendet er sich an die Sparer, um sich von ihnen im Gegenzug zu Zinsen Geld zu leihen.

Dafür muss der Staat manchmal mehr ausgeben, als er kassiert. In anderen Worten: Er verschuldet sich, indem er Titel ausstellt, die er den Privathaushalten und Unternehmen (BOT, BTP, etc.) verkauft und für die er Zinsen zahlt. Im Gegensatz zu den Privathaushalten, die sich an die Banken wenden, ersucht der Staat die Privatpersonen um Kredite.

Staatspapiere haben in der Regel einen umso niedrigeren Ertrag, je besser die Wirtschaftslage des Staates ist: Ein Staat mit finanziellen Schwierigkeiten, zum Beispiel mit einer hohen öffentlichen Schuld, muss die

Sparer erst überzeugen, ihm Geld zu leihen. Daher bietet er höhere Zinssätze an.

Dabei gilt immer dieselbe Regel: Höhere Zinssätze entsprechen einem höheren Risiko. Was geschieht, wenn ich mein Ersparnis in Schuldverschreibungen angelegt habe und ich nun mein Geld sofort zurückhaben möchte? Da die Schuldverschreibungen nicht vor ihrer Fälligkeit eingelöst werden können, besteht die Möglichkeit, sie am Finanzmarkt zu verkaufen, falls sie notiert sind.

Dies ist jedoch mit einem Risiko verbunden: Es kann passieren, dass der laufende Preis der Schuldverschreibung zum Zeitpunkt des Verkaufs niedriger als beim Kauf derselben ist. Dadurch entsteht ein Kapitalverlust (es kann aber auch das Gegenteil geschehen).



Daher ist es wichtig zu verstehen, dass ein umgekehrtes Verhältnis zwischen dem Preis einer Schuldverschreibung und der Höhe der Zinssätze besteht. Warum? Wenn ich über ein Staatspapier verfüge, für das Zinsen in Höhe von 3% gezahlt werden und in diesem Moment die Zinsen auf Staatspapieren mit derselben Fälligkeit 4% betragen, muss ich einen Rabatt auf dem Rückzahlungswert anbieten, um die Staatspapiere zu verkaufen, da es sich ansonsten für den Käufer lohnen würde, die Staatspapiere direkt zum Zinssatz von 4% zu kaufen. Andersrum gilt: Betragen die Marktzinsen zum Beispiel 2%, kann ich meine Papiere zu einem höheren Preis verkaufen.

Hier kommt nun der **Spread** ins Spiel: Er entspricht der Differenz zwischen dem Ertrag der italienischen und dem der deutschen Staatspapiere (sog. Bundesanleihen, kurz Bund). Der Spread ist grundsätzlich ein Indikator, mit dem die Fähigkeit des Staates zur Rückzahlung der Kredite und somit seine Wirtschaftskraft bewertet wird. Steigt der Spread, so bedeutet dies, dass auch die Zinsen steigen, die der italienische Staat den eigenen Gläubigern zahlen muss, weil er als nicht zuverlässig eingestuft wird. Dadurch steigt in der Staatsverschuldung der Posten der für die Staatspapiere geschuldeten Zinsen. Die Staatsverschuldung wächst, da der Staat mehr Zinsen zahlen muss.

DISKUSSION: ZUVERLÄSSIGKEIT

Würdest du deine Immobilie einem potentiellen Mieter vermieten, der nicht in der Lage ist, eine Schuld gegenüber der Bank regelmäßig zurückzuzahlen und daher periodisch andere Finanzierungen beantragen muss?

Angenommen, du besitzt zwei Wohnungen von gleichem Wert (dein Ersparnis) und hast dafür zwei Bewerber. Einer ist zuverlässig, der andere befindet sich hingegen in der oben beschriebenen Lage.

Welche Miete würdest du vom ersten verlangen und welche vom zweiten?

Von wem würdest du weniger bzw. mehr verlangen?

